Sonnabend, den 5. Oktober.

Thorner Zeitung.

№. 5.] Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 25 Sgr. Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. — Inserate werden täglich bis 4 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf. [1867.

Telegraphische Depeschen der Thorner Zeitung.

Angekommen 4. October 2¹/₄ Uhr Nachmitags.

Florenz, 4. Oktober. Das „Diritto“ meldet nach einer Privatdepesche: Garibaldi hat am 2. Oktober Caprera verlassen, ist angehalten und zurückgeführt, und wird vom Aviso Exploratore in Sicht der Insel bewacht. Die Insurrektion im Kirchenstaat dauert fort.

Paris, 4. Oktober. Aus Florenz wird gemeldet: Die päpstlichen Truppen haben am 2. Oktober Aqua pendente wieder erobert.

Telegraphische Nachrichten.

Hechingen, Donnerstag, 3. Oktober Morgens. Auf die Ansprache des Stadtschultheiß bei dem festlichen Empfange der Allerhöchsten Herrschaften in hiesiger Stadt erwiederte Sr. [illegible]stät der König: „Ich danke Ihnen für [illegible] inhaltreiche Ansprache. Zum vierten Male, [illegible] jetzt zum ersten Male seit meiner Thronbesteigung, habe ich die hohenzollernschen Lande mit Genugthuung besucht, und ich freue mich, daß ich es dies Mal auch mit besonderer Anerkennung thun kann. Sie haben auch die großen Ereignisse der jüngst vergangenen, so bewegten Zeit erwähnt, in welcher die hohenzollernschen Lande sich in ihrer von mir erwarteten Treue bewährt, und in den dadurch herbeigeführten eigenthümlichen Verhältnißen ihre Anhänglichkeit an mein Haus gezeigt haben. Ich bin sogar mit in der Absicht in diese Lande gekommen, um ihnen meinen Dank für die Betheiligung an dieser Gesinnung auszusprechen.

Karlsruhe, Donnerstag, 3, Oktober, Nachmittags. Die Kammer der Abgeordneten nahm in ihrer heutigen Sitzung einstimmig einen Gesetzentwurf an, betreffend die Abänderung, beziehungsweise die Ergänzung einiger Bestimmungen der Verfassungsurkunde. Es wird dadurch der passive Wahlzensus bei den Wahlen der Abgeordneten abgeschafft und festgesetzt, daß Kammermitglieder wegen ihrer Aeußerungen und Abstimmungen bei den Verhandlungen nur nach [illegible]gabe der Geschäftsordnung zur Verantwor[illegible] gezogen werden können.

Paris, Donnerstag, 3. Oktober Abends. Die heutige „Patrie“ will wissen, daß der italienische Gesandte Nigra sich nur in der Absicht nach Biarritz begeben habe, um dem Kaiser genaue Mitthelungen über die Angelegenheit Garibaldi's zu machen. — Der „Etendard“ bemerkt gegenüber den fortdauernden Gerüchten über die neuesten Vorgänge im Kirchenstaate, daß seit zwei Tagen sich nichts ereignet habe, was irgendwie bemerkenswerth sei.

Paris, Donnerstag, 3. Okt. Ab. Ein der „Epoque“ zugegangenes Communique dementirt die Mittheilung, daß die Marschälle Niel und Rigault de Genouilly augenblicklich in Biarritz verweilen. Eben [illegible] wird in Abrede gestellt, daß Drouyn de l'Huys und Prinz Napoleon nach Biarritz berufen seien; die Minister Rouher und Lavalette hätten sich nur in der Absicht nach Biarritz begeben, um dem Kaiser über Angelegenheiten ihrer Ressorts Vortrag zu halten; es werden außerdem die Angaben über eine zweite Zirkulardepesche Moustier's sowie über den Abschluß eines Vertrages zwischen Frankreich und Italien für unbegründet erklärt.

Wien, Donnerstag, 3. Oktober Abends. Die „Abendpost“ erklärt die Angabe mehrerer Blätter für unbegründet, daß das österreichische Kabinet eine vertrauliche Depesche wegen Aufrechterhaltung der weltlichen Macht des Papstes an die französische Regierung gerichtet habe.

Norddeutscher Reichstag.

Parlamentarische Nachrichten.

Die Ansicht, daß General Vogel v. Falckenstein, nachdem er sich für Königsberg entschieden, die Königsberger Wahl aber für ungültig erklärt worden, nachträglich noch auf die Wahl von Allenstein-Rössel zurückkommen könne, wird vom Bureau des Reichstags nicht getheilt. In der heute erschienenen zweiten Auflage des Verzeichnisses der Mitglieder der Abtheilungen ist Vogel v. Falckenstein nicht mehr enthalten. Bei seinem Eintritt in den Reichstag, als Mitglied für Königsberg, war er der 7. Abtheilung zugeloost. In dem Mitgliederverzeichniß der 7. Abtheilung ist er aber jetzt gelöscht, was wohl nicht geschehen wäre, wenn das Bureau annähme, daß er nun als Abgeordneter für Allenstein-Rössel anzusehen sei. Die Notiz, daß der General nachdem die Königsberger Wahl für ungiltig erklärt, nach Bischofsburg telegraphirt habe, er nehme für Allenstein-Rössel an, soll allerdings richtig sein.

— [Bei der Nachwahl] für Planck im 2. hannöv. Wahlkreise ist keine absolute Majorität erzielt und daher eine engere Wahl zwischen dem Bürgermeister Russel, welchen die Katholiken begünstigen, und dem Amtsrichter Röben (nat.-lib.) erforderlich geworden; der dritte Candidat Georg v. Vincke, fällt dabei aus.

— [Die Fraction des Centrums] hat sich heute definitiv constituirt und zu ihrem Vorstand die Abgg. v. Bernuth, Graf zu Solms-Laubach und Dr. Friedenthal gewählt. Die Fraction besteht ferner aus den Abgg. Frhr. v. Vincke (Olbendorff), v. Bethmann-Hollweg, v. Sänger, Evelt, Frhr. v. Eckardtstein, Frhr. v. Rabenau, Freiherr v. Dörnberg, Conrad, Keyser (Sondershausen) und Frhr. v. Schwarzkoppen.

— Auf Anfragen des Abg. Moritz Wiggers (Berlin) sind vom Präsidenten des Bundeskanzleramtes nachfolgende Antworten erfolgt: 1) Zur Bestreitung der im Jahre 1867 durch das Bundeskanzleramt, den Bundesrath und den Reichstag verursachten Ausgaben wird nach Feststellung der bezüglichen Kapitel und Titel des Haushaltsetats für 1868 ein Kredit begehrt werden. Die Einnahmen und Ausgaben der Militärverwaltung im 2. Halbjahre 1867 werden auf dem im Art. 73 der Bundesverfassung vorgeschriebenen Wege nachgewiesen werden. 2) Das Hinderniß des sofortigen Beitritts Mecklenburgs zu dem Zoll- und Handelsgebiete beruht auf Art. 18 des mecklenburg-französischen Handels- und Schifffahrtsvertrages vom 9. Juni 1865. Die dritte Anfrage wegen der geringen Veranschlagung der Nettoerträge des Postwesens für 1868 gegenüber der größeren Durchschnittseinnahmen für 1861/65 wird dahin beantwortet: Bei Ermittelung des Netto-Ertrages für 1861/65 sind alle einmaligen, nicht wiederkehrenden Ausgaben außer Betracht gelassen. Zu Pensionen an Beamte und Unterbeamte, welche bisher in der Mehrzahl der Staaten aus allgemeinen Beamten-Pensionsfonds bestritten wurden, ist ein Fonds von 400,000 Thlr. neu vorgesehen. Die Aufhebung des Ortsbrief-Bestellgeldes in Preußen hat einen Unterschied von 600,000 Thlr. zur Folge gehabt. Für andere Länder, wie Sachsen und Oldenburg, wird dieser Ausfall zu 200,000 berechnet. Für allgemeine Aufbesserung der Unterbeamten-Besoldungen in den alten preußischen Provinzen ist auf den Bundespostetat eine Mehrausgabe von 211,000 Thlr. übergegangen. Für die von Preußen neu erworbenen Länder und für die anderen Länder hat die Gehaltsverbesserung eine weitere Mehrausgabe von 100,000 Thaler im Gefolge. Ueberdies ist auf eine allmälige Verbesserung des Diensteinkommens der Landbriefträger, ferner auf Vervollkommnung der Landbriefbestellung in einzelnen Staaten des norddeutschen Bundes Bedacht zu nehmen. Die desfallsigen Mehrausgaben sind nach Gegenrechnung der aus den neuen Einrichtungen zu erwartenden Einnahmen auf mindestens 150,000 Thlr. zu veranschlagen. Gegen 1861/65 ist im Ganzen eine Minder-Einnahme von 1,661,675 Thlr. für 1868 zu berechnen.

Politische Uebersicht.

Norddeutscher Bund

Berlin. [Den verheiratheten Soldaten] vom Feldwebel und Oberfeuerwerker abwärts, die den vorjährigen Feldzug mitgemacht haben, ist in diesen Tagen ein Königl. Gnadengeschenk von 15 Thlr. ausgezahlt worden.

— [Nicht bestätigt.] Die „Post“ schreibt: Maßregeln, durch welche die Regierung sich schon in den altpreußischen Provinzen aufs Aeußerste unpopulär gemacht hat, scheinen auch in den neuerworbenen Provinzen eingeführt zu werden. So hat in Kiedrich (Nassau) der von der Bürgerschaft erwählte Bürgermeister die Bestätigung der Regierung nicht erhalten.

— Dem hies. Magistrat ist nach der „N. Pr. Z.“ auf sein Ansuchen von dem Min. des Innern mitgetheilt, daß der Termin für die Urwahlen nicht vor dem 29. d. M. angesetzt werden soll.

Graf Bismarck begiebt sich heute auf einige Tage nach Pommern. Die Bemerkungen der „N. P. Ztg.“ über die Ueberbürdung des Minist. Präs. (S. Nro. 3 d. Ztg.) sollte nach der „B. u. H. Z.“ nur den Zweck haben, denselben von Höflichkeitspflichten zu befreien.

Hamburg, 2 Oktober. In der heutigen Bürgerschaftssitzung wurde der Antrag des Senats auf Einsetzung einer gemischten Kommission behufs Prüfung der durch den Anschluß Hamburgs an den norddeutschen Bund hervorgerufenen finanziellen Fragen nach erregter Debatte mit großer Majorität angenommen; dagegen lehnte die Bürgerschaft einen Antrag von Woersmanns und Genossen ab, nach welchem die Kommission gleichzeitig mit Prüfung der Frage, ob

die Freihafenstellung oder der Anschluß dem Vortheil Hamburgs am Meistenentspreche, beauftragt werden soll. — Die früher an den Einwendungen Baierns gescheiterte Postkonferenz soll nach der „Weserztg." am 15. d. M. hier eröffnet werden.

Süddeutschland.

Stuttgart. Die volkswirthschaftliche Commission der zweiten Kammer hat einstimmig beantragt die Zoll- und Salzsteuer-Verträge im Falle der Genehmigung nur mit der für Verfassungs-Aenderungen vorgeschriebenen Majorität anzunehmen. Die eine Hälfte der Kommission hat sich für Annahme, die andere für Ablehnung der Verträge ausgesprochen, zu der letzteren gehört der Abg. Mohl.

Oesterreich.

Wien. Reichskanzler Beust hat sich nach Ischl begeben, um die Genehmigung des Kaisers einzuholen, den Ausgleichs-Vertrag zwischen den beiden Reichshälften in Form eines Gesetzvorschlages dem Reichstage vorzulegen. Voraussichtlich wird zugleich auch der Zoll- und Handelsvertrag zwischen den Erblanden und Ungarn vor den Reichstag gebracht werden, und noch im Monat Oktober zur Beschlußfassung gelangen. Wahrscheinlich wird von der Linken versucht werden, Zugeständnisse im freiheitlichen Sinne zu erreichen, und Frhr. v. Beust ist ein zu erleuchteter Staatsmann, um nicht längst erkannt zu haben, daß Nachgiebigkeit hauptsächlich in der Concordatsfrage unerläßlich sei, um das tiefwurzelnde Mißtrauen zu beseitigen.

Das ungarische Ministerium besteht darauf, daß auch das Landesbudget von Ungarn für 1868 noch in diesem Jahre verfassungsmäßig verabschiedet werde. Deshalb erheischt die Verfassungs-Revision und das damit im Zusammenhange stehende Gesetz über die Delegationen aus den Volksvertretungen beider Reichshälften zugleich Beschleunigung und gründliche Behandlung, soll nicht Ungarn einen bedeutenden Vorsprung vor dem Lande diesseits der Leitha gewinnen.

Frankreich.

— **Paris.** [Brief Pietris, Arbeit des Kaisers.] Ein Brief des Polizeiministers Pietris über die Lage und die Stimmung in Frankreich an den Kaiser soll auf diesen einen tiefen Eindruck gemacht haben. Die Kriegspartei ist sehr übel gelaunt, Marschall Niel soll sie damit vertröstet haben, daß Frankreich im nächsten Frühjahr noch nicht gerüstet genug sein werde, um sich mit ganz Deutschland zu messen. Dies zur Beleuchtung der Reden über die Erfolge der „Riesenanstrengungen".

Man spricht von einer wichtigen Arbeit, welche der Kaiser in Biarritz vollenden wolle, wegen deren er dort auch einige Tage länger, als Anfangs beabsichtigt war, verweilen werde.

Italien.

— [Zur Lage.] In Florenz traut man dem Frieden noch so wenig, daß am 26. September das Waffen- und Munitions-Depot aus dem Lokale des Ober-Commandos der Nationalgarde auf sechs Eisenbahnwagen geladen und fortgeschafft wurde. Zwei Bataillone Linien-Infanterie dienten zur Bedeckung des Zuges.

— Das „Movimento" von Genua bemerkt in einem langen Artikel über die Gefangennehmung Garibaldis: „Wollt ihr die wahre Ursache der Verhaftung wissen? Hier ist sie: Von Paris kam ein Bote mit Depeschen der dortigen Regierung, in welchen der Gesetzbruch, die Verletzung der Verfassung befohlen wurde. Ein Rest von Scham gab dem ital. Premierminister die schüchterne Bemerkung ein, daß die liberalen Gesetze unser Halbinsel nicht zugeben, dem Willen der französischen Regierung Folge zu leisten. Aber der Bote antwortete: „M. H., Sie sind keine Preußen, so viel ich weiß, und es steht Ihnen nicht zu, mit ihren eigenen Köpfen zu denken, noch auch in Folge davon zu handeln, als wären sie die Sieger von Sadowa!" Und so wurde die Verhaftung Garibaldis decretirt und verübt.

Spanien.

Madrid. Ein königliches Dekret vom 26. amnestirt die Aufständischen, welche in Folge der letzten Ereignisse sich in das Ausland geflüchtet haben, unter der Bedingung, daß sie sich im Laufe von 30 Tagen den spanischen Behörden oder den Vertretern Spaniens im Auslande stellen.

Türkei.

— **Konstantinopel.** Ueber Triest wird vom 21. gemeldet: daß der französische Gesandte Bourée, dem der Sultan so eben den Osmanieorden 1. Klasse verlieh, nicht mehr nach Konstantinopel zurückkehren, sondern das Ministerium des Auswärtigen übernehmen und den General Beville, Adjutanten Kaiser Napoleons, zum Nachfolger erhalten werde. — In Kontah zerstörte eine Feuersbrunst über 1000 Häuser und Kaufläden. — Nachrichten aus Kandia zufolge dauern die Kämpfe zwischen den Insurgenten und den türkischen Truppen fort.

— Die Konzession zum Baue der Eisenbahnen von Konstantinopel und Adrianopel nach Belgrad, von Enos nach Varna und von Salonichi nach Nissa ist am 25. d. M. einer belgischen Gesellschaft zugesprochen worden, der die türkische Regierung eine Zinsgarantie von 7 Prozent leistet.

— Der Großvezier Ali Pascha wollte am 30. September als bevollmächtigter Kommissar der Pforte nach Kandia abreisen, um sich über die Ursachen der Unzufriedenheit zu unterrichten, und einen neuen Entwurf für die zukünftige Verwaltung der Insel auf liberalen Grundlagen auszuarbeiten. Während der Abwesenheit Ali Paschas wird Fuad Pascha die Funktionen des Großveziers versehen und seinerseits durch Saffet Pascha vertreten werden.

Bukarest, den 25. September. Am vergangenen Sonntag fand die feierliche Vertheilung der Fahnen an die Bukarester Nationalgarde statt. Der Fürst versuchte sich bei dieser Gelegenheit zum ersten Male öffentlich in der rumänischen Sprache.

Fremde Erdtheile.

Asien.

— **China.** Die am 27. September in Triest eingetroffene Ueberlandpost bringt u. A. die Nachricht, daß der Anführer der muhamedanischen Rebellen in Yunan sich unter dem Titel Tsin-lin zum Kaiser proklamirt habe. — Die ostindische Telegraphen-Gesellschaft hat ihren Plan, in China Telegraphen zu errichten, vorläufig aufgegeben.

Provinzielles.

np Gollub, den 3. Oktober. [Zur Abwehr]. Der Bürgermeister Hr. Koska hat unsrer ersten Correspondenz die Ehre einer amtlichen Erwiderung zu Theil werden lassen, nur ist ihm seinerseits, wahrscheinlich beim flüchtigen Lesen, der kleine Irrthum passirt, daß er von den Erkrankungsfällen in der „Stadt" spricht, während unser Bericht hauptsächlich von dem Umsichgreifen der Cholera in der Umgegend, namentlich dem „Vorwerk" Gollub handelt, auf dem bereits etwa 10% der Einwohner der Krankheit erlegen sind, wie wir aus glaubwürdiger Quelle erfahren. Auch haben wir weder von einem „Wüthen" der Krankheit noch von „Vielen" Opfern gesprochen, sondern nur einfach angeführt, daß die Stadt den bösen Gast beherbergt, der schon „manches" Opfer gefordert hat. Was nun die Bürgschaft des Herrn Bürgermeisters hinsichtlich der gänzlichen Furchtlosigkeit der Einwohner betrifft, so können wir uns nur freuen, daß er im Stande ist, den Gemüthszustand seiner Golluber „amtlich" zu konstatiren, ein Zeitfortschritt, um den viele Polizeibehörden den hiesigen Bürgermeister beneiden können! Wir zweifeln keineswegs an dem persönlichen Muth des Herrn Koska, dennoch aber erlauben wir uns über die Zaghaftigkeit vieler uns bekannten Herzen unsere Meinung aufrecht zu halten. Schließlich berichtigen wir die „Berichtigung" noch dahin, daß der erste Erkrankungsfall bereits den 25. August, der letzte, uns bekannte, aber Freitag den 27. September, und in der vorletzten Nacht ein abermaliger Todesfall hier in der Stadt vorgekommen ist.

☐ **Marienwerder,** den 3. Oktober. [Städisches, Münzverbrechen, Landstallmeister.] Die Beleuchtung unserer Straßen mit Gas wird wol noch zu Ende dieses Jahres ins Werk gesetzt werden; die Röhren werden augenblicklich gelegt und die Stadtverordneten haben in ihrer Sitzung am Montag die Kosten für die neue Straßenbeleuchtung mit 1617 Thlr. bewilligt. Dieser Betrag ist um mehr als 600 Thlr. höher als der frühere, für die Beleuchtung mit Petroleum verausgabte; doch werden sehr viel mehr Laternen errichtet als früher und es erhalten auch die abgelegenen Straßen, welche bisher nur sehr mangelhaft erhellt waren, eine gute und ausreichende Beleuchtung. Die Straßenbeleuchtung würde viel billiger gewesen sein, wenn die Stadt die Gasanstalt selbst errichtet und so das Leuchtgas zum Kostenpreise erhalten hätte. — Auch bei uns, wie in den großen Städten geht die Kommunalbesteuerung einer Umgestaltung entgegen. Die Stadtverordneten haben zu diesem Zwecke bereits ein neues Regulativ berathen und angenommen, dessen nähere Bestimmungen zwar noch nicht bekannt geworden sind, doch läßt sich wohl nicht annehmen, daß sie zu einer Verringerung der Steuersummen für die Bürger führen werden. — Hier wurde gestern ein Ehepaar vom Lande arretirt, das falsche, übrigens sehr plump aus Blei gearbeitete Thalerstücke auszugeben versuchte. Bei der sofort vorgenommenen Haussuchung in der Wohnung des Arretirten, in Schäferei, wurde noch eine große Anzahl ähnlicher Stücke und auch der Prägungs-Apparat vorgefunden. — Der Landstallmeister Herr v. Unger welcher erst vor einem Jahre aus Lippe-Detmold in den Preußischen Staatsdienst und hierher gekommmen ist, soll in gleicher Eigenschaft nach Kassel versetzt sein. Als sein Nachfolger wird ein Herr v. Oheimb genannt.

Vermischte Nachrichten.

Wurzen, den 25. Sept. [Pfennigsammlung zum Bau eines Schulhauses.] Nach Inhalt eines Aufrufs gedenken die sächsischen Lehrer durch eine „Pfennig-Sammlung" in den Schulen die[illegible]tel herbeizuschaffen, um Johann-Georgenstad[illegible] neues Schulhaus zu erbauen. Wenn jedes Schulk[illegible] in Sachsen, deren man 300,000 zählt, nach und nach 1 Sgr. steuert, so giebt das die erforderliche Sum[illegible]e von 10,000 Tlr.

Lokales.

— **Handelskammer.** In der Sitzung am 3. d. M. kam die vom Herrn Handelsminister der Handelskammer zur gutachtlichen Aeußerung vorgelegte Frage über die Aufhebung der vereideten Makler zur Diskussion, resp. Erledigung. Nach eingehender Erörterung der Wirksamkeit der vereideten Makler fixirte die Handelskammer einstimmig ihre Ansicht dahin, daß die Aufhebung des Instituts der vereideten Makler, resp. die gänzliche Freigebung des Mäkler-Gewerbes im öffentlichen Interesse wünschenswerth und unbedenklich ist. Es erhellte deutlich aus der Diskussion, daß das Institut der vereideten Makler dem Handelsstande nicht nur keinen Vortheil gewährt, sondern vielmehr für denselben eine Belastung ist. — Der zweite Theil obiger Frage bezog sich darauf, in welcher Art die jetzt den vereideten Maklern zugewiesene Mitwirkung bei den Coursfeststellungen zu ersetzen wäre. In dieser Beziehung äußerte sich die Handelskammer dahin, daß die Aeltesten der Kaufmannschaften, resp. die Handelskammern an den Börsenplätzen den geeigneten Modus finden werden, durch zu vereidigende Sachverständige die C[illegible] feststellen zu lassen. Als Thatsache wurde bei der Diskussion hervorgehoben, daß hierorts das Maklergewerbe von jeher freigegeben ist u. sich für den hiesigen Handelsverkehr das Bedürfniß nach vereideten Maklern nie herausgestellt habe.

Von Herrn Landecker nebst Genossen, sowie von mehreren Kaufleuten aus Gollub war die Handelskammer ersucht worden, sich beim Herrn Handelsminister dahin zu verwenden, daß die auf den polnischen Grenz-Zoll-Aemtern seit Mitte des Sommers angeordnete Verzollung der aus Polen mit Wolle und Getreide ausgeführten und dahin leer zurückkehrenden Säcke aufhören möchte. Diese Verzollung ist eine große Belastung des Handelsverkehrs mit Polen. Während früher z. B. 100 Wollsäcke 2 Rbl. 10 Kop. beim Eingang Zoll zahlten, zahlt der Sack jetzt beim Eingange per russisches Pfund 10 Kop. und 1 Kop. Zuschlag, mithin ein Wollsack von 11—12 russische Pfund 1 Rbl. 20 Kop. bis 1 Rbl. 32 Kop.

Der Zoll übersteigt somit den Werth des Sackes. Wenn nun der diesseitige Woll- oder Getreidehändler die zum Export erforderlichen Säcke in Polen kaufen würde, so würde er auch hierbei Verlust haben, da die polnische Sackleinwand von so schlechter Qualität ist, daß die aus ihr gefertigten Säcke kaum einen Transport aushalten. Anderseits erhellt auch von selbst, daß, wenn die Beregten ihre Säcke in Polen kaufen müßten, die diesseitige treffliche Sackleinwand-Production eine Einbuße erleiden würde. In Erwägung dieser Thatsachen richtet an den Herrn Handelsminister die Handelskammer das Gesuch: Se. Excellenz wolle sich dahin bemühen, daß die Steuer ganz aufgehoben werde, event. daß den preußischen Kaufleuten nachgegeben werde, die nach Polen eingeführten und beim Eingange daselbst abzustempelnden Säcke zu verzollen, damit ihnen beim Export dieser Säcke der ausgelegte Zoll zurückerstattet werde.

Herr Adolph legte am Schluß der Sitzung die Uebelstände dar, welche dem kaufmännischen Verkehr, zumal mit Rücksicht auf die Wechsel, dadurch erwachsen, daß in den kleineren Städten, wie z. B. in Culmsee, Gollub, Briesen ꝛc., keine Rechtsanwälte fungiren. Die übrigen Anwesenden stimmten Herrn Adolph bei und soll die Frage, wie diesem Uebelstande zu begegnen sei, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden.

— **Handwerkerverein**. In der Versammlung am Donnerstag, den 3. d., hielt Herr Kaufmann Löwinsohn einen Vortrag über „Ferdinand Freiligrath". Im Eingange erwähnte der Genannte die Bestrebungen um die Freiligraths-Dotation, welche dem um das deutsche Volk so hochverdienten Dichter einen ruhigen Lebensabend sichern soll. Demnächst folgte eine mit Wärme nnd frischen Farben ausgeführte biographische Skizze über den Dichter und schließlich eine Charakteristik der Dichtungen desselben, welche durch Recitation einiger der schönsten Gedichte ausgeschmückt wurde. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen.

Der Vorsitzende Herr G. Prowe theilte einen Bescheid des Herrn Ministers des Innern vom 28. v. Mts. auf eine am 18. v. Mts. telegraphisch nach Berlin übermittelte Beschwerde des Vereins-Vorstandes über das Verbot der von ihm für den Verein veranstalteten Theatervorstellungen mit. Nach dem Bescheide war das Verbot gerechtfertigt, weil Herr Hegewald keine Concession für Thorn hat. Ferner brachte der Vorsitzende einen an den Vorstand gerichtetes Anschreiben des Herrn Kullack zur Kenntnißnahme, in welchem er seinen Protest gegen die beregten Theater-Vorstellungen rechtfertigt.

Im Fragekasten lag eine Beschwerde, daß am Weichselufer Brennholz verkauft werde, das nicht immer das gesetzmäßige Klaftermaaß von 108 Kbfß. habe. Die Ermittelung und Feststellung dieser vorgeblichen Thatsache ist nicht Sache des Vereins. — Eine andere Einlage ersucht den Verein, sich, um der zeitigen Theuerung zu steuern, dafür zu bemühen, daß die Hökerinnen erst, wie ehedem, nach 10 Uhr Vorm. ihre Einkäufe machen dürften. Die Herren Dr. Brohm, K. Marquart und G. Prowe legten dar, wie ungerecht, dem Gesetze widersprechend und, da jede Verkehrsbeschränkung schädigt, unwirthschaftlich dies Begehren sei, da die Preise der Consumtibilien auf dem Wochenmarkte von ganz anderen Momenten, als von der winzigen Concurrenz jener Frauen bestimmt werden.

— **Schulwesen**. Die Schule der hiesigen Synagogen-Gemeinde hält Sonntag, den 6. d., Morgens von 8½ Uhr ab im Saale des Schützenhauses ihre öffentliche Prüfung ab, zu welcher durch einen Jahresbericht die Eltern, Förderer und Freunde des Schulwesens eingeladen werden.

Telegraphischer Börsen-Bericht.

Berlin, den 4. Oktbr. cr.

Fonds:	fester.
Oesterr. Banknoten	82
Russ. Banknoten	83⅝
Warschau 8 Tage	83½
Poln. Pfandbriefe 4%	57½
Westpreuß. do. 4%	82
Posener do. neue 4%	85½
Amerikaner	75⅛
Weizen:	
Oktober	94½
Roggen:	animirt.
loco	77½
Oktober	78½
Oktober-November	76
Frühjahr	72
Rüböl:	
loco	11⅓
Frühjahr	12
Spiritus:	animirt.
loco	23⅛
Oktober	23⅙
Frühjahr	20⅔

Getreide- und Geldmarkt.

Danzig, den 3. Oktober. Bahnpreise.

Weizen bunt, hellbunt, hochbunt und feinglasig 122/3—125/6—127/8—129/30 Pfd. von 120/122½—124/5—126/8—130/32½ Sgr. pr. 85 Pfd.

Roggen 115/16—118- 120—123/4 Pfd. von 95—98—100—102 Sgr. pr. 85 Pfd.

Gerste, kleine 103/5—108/9 Pfd. von 56/58—60/62½ Sgr. pr. 72 Pfd. Gerste, große 108—113/4 Pfd. von 65/70 Sgr. pr. 72 Pfd.

Erbsen 75—80/85 Sgr. pr. 90 Pfd.

Hafer 35—38 Sgr. pr. 50 Pfd.

Spiritus nicht gehandelt.

Amtliche Tagesnotizen.

Den 4. Oktober. Temp. Wärme 7 Grad. Luftdruck 27 Zoll 10 Strich. Wasserstand 1 Fuß 6 Zoll.

Inserate.

Eingesandt.

Den Verfasser der in No. 150 dieses Blattes mitgetheilten Adresse an den Magistrat, die hiesigen Theater-Verhältnisse betreffend, sehen wir uns veranlaßt, auf einige bedeutende Unrichtigkeiten in seinen Angaben aufmerksam zu machen:

1) ist es unrichtig, wenn behauptet wird, Thorn hätte in früheren Jahren länger Theater gehabt, wie in der letzten Zeit, im Gegentheil dauerte die Saison früher nur gegen sechs Wochen, während es dem gegenwärtigen Director Herrn Kullack gelang, dieselbe auf nahezu fünf Monate auszudehnen. Hierdurch hatte

2) die Stadt-Casse offenbar eine viel höhere Mieths-Einnahme aus dem Hause gezogen wie früher, und ist

3) die lange Dauer der Saison die sicherste Bürgschaft für die Tüchtigkeit der Kullack'schen Gesellschaft, denn nur durch vorzügliche Vorstellungen und Vorführung aller guten Novitäten konnte es gelingen, das Thorner Publikum so lange für das Theater zu interessiren.

4) konnte Herr Kullack nie Einsprache gegen Concerte des Herrn Bilse erheben, und hat es nicht gethan. Daß das Theater allerdtugs nicht zu gleicher Zeit an einen Theater-Direktor und einen Concertgeber vermiethet werren kann, ist klar. Ebenso wenig hat er Einsprache gegen Vorstellungen der Posener Oper erhoben, wahrscheinlich ist dies Seitens seines Vorgängers geschehen, und liegt darin der Beweis, daß auch dieser langjährige Direktor eine solche Concurrenz als seine Existenz gefährdend erkannte.

5) Liegt es im Interesse der Kunst, des Publikums, und der Bühnen-Mitglieder, daß für eine Stadt, immer nur ein Direktor concessionirt ist, denn, wenn freie Konkurrenz gestattet wäre, würden die Direktoren sich gegenseitig zu überbieten suchen, schließlich zu Mitteln greifen, die dem anständigen Publikum den Geschmack an Theater-Vorstellungen für immer verleideten, und den Schauspielerstand würden wir bald wieder in der Gestalt erblicken, der er sich Gottlob in den letzten Jahrzehnten entäußert hat. Eine anständige Direktion zu führen würde jedem Unteruehmer ebenfalls unmöglich gemacht, denn wie soll er seine Rechnung finden, wenn ein beliebiger Director ihm vielleicht seine Novitäten direct vorweg giebt, daß sie statt das Publikum anzuziehen, dasselbe zurückschrecken. Warum aber sollte

6. Thorn eine Ausnahme von andern Städten machen, für die auch immer nur ein Director concessionirt ist. Warum z. B. mußte denn Herr Kullack im Frühjahr Bromberg, wo er brillante Geschäfte machte — verlassen sobald Herr Hegewald für das Königs-Saal-Theater seine Concession erhielt? Dort wurde wirklich das Publikum benachtheiligt, daß das beliebte Sommer-Theater durch Abreise des Herrn Kullack leerstehen, und das Publikum sich entschließen mußte, in das verbaute Saaltheater zu gehen, wenn es nicht ganz auf theatralische Genüsse verzichten wollte. Aber was halfs? Die Concession entschied für Herrn Hegewald.

7. Was die Oper betrifft, so hat Herr Kullack es ja versucht, durch Heranziehung der Meinhardtschen Gesellschaft, die Oper in Thorn einzuführen, dies Unternehmen kostete aber nicht weniger wie 700 Thlr. Zuschuß. Eine eigene Oper für die Frühjahrs-Monate zu engagiren, erfordert monatelanger Vorbereitungen in Betreff der Engagements. Als er zu dem Ende in einer andern Zeit vom hiesigen Magistrate einige Monate vorher die Zusicherung der Ueberlassung des Hauses nachsuchte, wurde er abschläglich beschieden, und konnte deshalb sein Project nicht ausführen, da er event. einen Schaden von mindestens 2000 Thlrn. zu erleiden gehabt hätte.

8. Nennt die Adresse Herrn Kullack wiederholt einen Fremden in Thorn; das ist er aber keineswegs, da er seit mehreren Jahren Bürger von Thorn ist. —

Aus Vorstehendem mögen unsere unpartheiischen Mitbürger erkennen, wie wenig Aussicht auf Erreichung eines Zwecks, die von falschen Angaben strotzende Adresse haben kann, und wir stellen Jedem anheim, zu ermessen, in wie weit uns durch Erreichung des angestrebten Zieles geholfen wäre.

Bürger von Thorn.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**